

INHALT

Vorwort

1. Kalter Krieg gegen die eigene Gesellschaft: Der Aufbau des Sozialismus

2. Stalins Tod und der «Neue Kurs»

3. Der Aufstand in den Großstädten

Berlin

Dresden

Halle

Leipzig

Magdeburg

4. Der Aufstand in der Provinz

Mecklenburg-Vorpommern

Brandenburg

Sachsen-Anhalt

Thüringen

Sachsen

5. Die Rache der Herrschenden

Hinrichtungen in der Sowjetarmee?

6. Internationale Reaktionen

7. Die Zukunft des 17. Juni: Nachbetrachtung

Auswahlbibliographie

Register

Vorwort

Der «17. Juni 1953» war jahrzehntlang ein geschichtspolitisch umstrittenes Ereignis. In der DDR ist er schon zwei Tage nach den Ereignissen offiziell als «faschistischer Putschversuch» denunziert worden. In sowjetischen Dokumenten findet sich diese Charakterisierung bereits am Mittwoch, den 17. Juni 1953. Damit folgten die Kommunisten ihrer Logik, dass Angriffe gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht nur von außen gesteuert, inspiriert und organisiert sein könnten. Und da in der Bundesrepublik die ehemaligen Faschisten an der Macht seien – so die damals offizielle SED-Lesart –, konnte es sich nur um einen «faschistischen Putschversuch» handeln. Erst in den späten 1970er und den 1980er Jahren ist diese Deutung häufiger durch die Charakterisierung als «konterrevolutionärer Putschversuch» abgeschwächt worden, ohne dass die zuerst erfolgte Bezeichnung verschwunden wäre. Eine öffentliche Auseinandersetzung fand selbstredend nicht statt. Aber jedem Schulkind ist beigebracht worden, dass an diesem Tag der US-amerikanische Imperialismus – so wie in Ungarn 1956 – vergeblich versucht habe, den Sozialismus in der DDR zu beseitigen. Schulbuchautoren und SED-Historiker trugen mit ihren Propagandaschriften ebenso zu diesem Geschichtsbild bei wie Schriftsteller, Dramaturgen, Theaterregisseure oder Schauspieler. Die vielen Funktionäre, Propagandisten und Lehrer taten dies ohnehin. Das ging zum Teil so weit, dass selbst Familien, in denen die Ereignisse ganz anders erlebt worden waren, aus Angst gar nicht mehr über den Tag sprachen. Der «17. Juni» wurde zum Tabu.

Diese ideologische Indoktrination blieb nicht folgenlos. Auch in Gruppen, die der SED-Diktatur kritisch oder ablehnend gegenüberstanden, fand eine Auseinandersetzung mit den Ereignissen, ihren Ursachen und Folgen, nur selten statt. Gerade Nachgeborenen, also jenen, die die Ereignisse selbst nicht erlebt

hatten, blieb der «17. Juni» nicht selten verdächtig – vielleicht war ja etwas dran an den SED-Einschätzungen. Auch die Herrschenden vergaßen das Ereignis nicht. Noch in den 1980er Jahren fragten interne Überprüfungen selbst bei jenen, die damals noch Jugendliche gewesen waren, ab, wie sie sich am 17. Juni 1953 verhalten hatten. Und nichts könnte den Schock, den die SED-Führung damals erlitt, besser verdeutlichen als ein berühmter Wortwechsel vom 31. August 1989. An diesem Tag traf sich die Generalität des Ministeriums für Staatssicherheit in Ost-Berlin zu einer turnusmäßigen Dienstbesprechung bei Minister Erich Mielke. Es ging um die politische Lage in der DDR. Die Agonie des Systems war kaum noch zu übersehen. Die MfS-Spitze zeigte sich besorgt. Bezeichnenderweise fragte Mielke: «Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?» Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Gera, Oberst Dieter Dangriß, beruhigte seinen Minister: «Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.» Wie wir wissen, irrte der Oberst, der nur Tage später noch zum Generalmajor befördert worden ist.

Aber auch in der Bundesrepublik ist der «17. Juni 1953» geschichtspolitisch benutzt worden. Er gab der jungen Demokratie gleichsam einen legitimatorischen Schub. Vor allem aber nützte er der Regierung: Kanzler Adenauer und die Unionsparteien gewannen im September 1953 die Bundestagswahlen überlegen – noch Monate zuvor war das nicht zu erwarten gewesen. 1953 zum gesetzlichen Feiertag erhoben und 1963 zum nationalen Gedenktag erklärt, erfuhr der «17. Juni» auch in der Bundesrepublik wissenschaftliche Umdeutungen und ist geschichtspolitisch für innenpolitische und deutschlandpolitische Strategien und Debatten instrumentalisiert worden. Infolge der neuen bundesdeutschen Deutschland- und Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt verlor der Feier- und Gedenktag allerdings zunehmend an Bedeutung. Zuletzt war er wenig mehr als eine sozialpolitische Errungenschaft – ein arbeitsfreier Tag. Es scheint daher nur folgerichtig, dass er 1990 als Feiertag zugunsten des 3. Oktober, des nunmehrigen Tags der deutschen Einheit, aufgegeben wurde. Dahinter verbirgt sich jedoch eine

nicht unproblematische Gesichtssicht. Denn am 3. Oktober 1990 wurde lediglich staatsmännisch nachvollzogen, was die ostdeutsche Gesellschaft im Verbund mit den Gesellschaften der anderen Ostblockstaaten zuvor ermöglicht hatte.

Der 17. Juni 1953 steht wie der 9. Oktober 1989 (Leipzig) symbolisch für ein Ereignis, in dem die Gesellschaft versuchte, Freiheit zu erlangen. Erst im Laufe der Jahre nach 1990 drang zunehmend ins öffentliche Bewusstsein, was sich im Juni 1953 tatsächlich in der DDR zugetragen hatte. Die Ereignisse konnten umfassend erforscht und analysiert sowie von propagandistischen und geschichtspolitischen Verzerrungen befreit werden. Vor allem der Erinnerungsboom aus Anlass des 50. Jahrestages des Volksaufstandes 2003 mit vielen Veranstaltungen, Publikationen, Spiel- und Dokumentarfilmen zeigte schließlich, dass ihm in der nicht gerade reichhaltigen deutschen Freiheitsgeschichte ein besonderer Platz zukommt.

I. Kalter Krieg gegen die eigene Gesellschaft: Der Aufbau des Sozialismus

Vom 9. bis 12. Juli 1952 fand die 2. SED-Parteikonferenz statt. Laut Parteistatut vom Juli 1950 konnte das SED-Zentralkomitee zwischen den turnusmäßigen Parteitag eine «Parteikonferenz» einberufen, um «über dringende Fragen der Politik und Taktik der Partei» abstimmen zu lassen. 1949 diente die 1. Parteikonferenz dazu, die offene Umwandlung der SED in eine Leninsche Partei neuen Typus zu verkünden. Auch die 2. SED-Parteikonferenz hatte zum Ziel, etwas zu propagieren, was tatsächlich längst begonnen hatte. Beide Konferenzen brachten keine neue Politik, kündigten aber eine verschärfte Gangart, neue Formen von Repressionen und die kompromisslose Umsetzung der proklamierten Zielvorstellungen an.

Am ersten Tagungstag hielt Walter Ulbricht, der mächtigste SED-Funktionär zwischen 1946 und 1971, eine sechsstündige

Grundsatzrede. Unter frenetischem Beifall rief er die historisch gewordenen Worte in die tobende Halle hinein: «In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.» Die SED-Führung hatte die DDR von Anfang an nach sowjetischen Vorgaben und Mustern geformt und geleitet. Sie hatte aber aus taktischen Gründen vermieden, vom Aufbau des Sozialismus zu sprechen. Im Frühsommer 1952 war jedoch aus ihrer Sicht der Zeitpunkt gekommen, die seit Kriegsende 1945 verfolgten Ziele offen zu propagieren. Die wichtigste Frage, die sogenannte Machtfrage, schien geklärt. Wozu eine «historische Parteikonferenz», die lediglich einen Kurs verkündete, der bereits seit Jahren verfolgt wurde?

Dafür gab es zwei Gründe. Der eine betraf die «deutsche Frage»: Mit dem Bekenntnis zum Aufbau des Sozialismus machte die SED-Führung deutlich, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands nur denkbar sei, wenn ein sozialistisches Gesamtdeutschland entstehen würde. Die Wiedergewinnung staatlicher Souveränität im Rahmen der westeuropäischen Integration durch die Bundesrepublik, die mit dem Deutschlandvertrag und der Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Mai 1952 politische Realität geworden war, hatte die SED-Führung in Zugzwang versetzt und trieb sie dazu, ihre Zukunftsvorstellungen von einer kommunistischen Gesellschaft zu zementieren. Zweitens sollten Entwicklungen beschleunigt und unumkehrbar gemacht werden, die bereits vor der Parteikonferenz in Gang gesetzt worden waren. Dazu zählten etwa der Ausbau des Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze, der Aufbau von bewaffneten Streitkräften, die Vorbereitungen für eine groß angelegte Verwaltungsreform, die Reorganisation der Ministerien, die weitere Formierung einer zentral geleiteten Industrie, der weitere Umbau des Rechtswesens, die Militarisierung der Gesellschaft, die